

Rede zum Haushalt 2019 des Bodenseekreises

Norbert Zeller, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

der vorliegende Haushaltsentwurf enthält die zentralen inhaltlichen Bereiche, die zur Erledigung unserer Kreisaufgaben notwendig sind. Und darüber hinaus gibt es Leistungen, die wir sogar freiwillig erbringen, obwohl der Bund oder das Land Baden-Württemberg oder andere zuständig sind.

In mehreren Runden wurde der Kreishaushalt vorbesprochen. Es gab einen engen, konstruktiven Austausch zwischen der Verwaltung und den Gremien des Kreistags. Insofern könnte man sagen, alles paletti, wir stimmen dem Haushalt zu. Ohne nun alle Zahlen wiederholen zu wollen, sind die für uns wichtigen Positionen im Haushalt abgesichert. Dazu zähle ich z. B. die Investitionen im Bildungszentrum Markdorf (BZM), Schulen, Straßen, Radwege oder Abfall. Auch wurde eine langjährige Forderung meiner Fraktion übernommen, im Personalbereich die Co-Finanzierung zu berücksichtigen. Aktuell haben wir dies soeben bei den Pflegestützpunkten beschlossen. Hier finanziert das Land zwei Drittel und der Kreis ein Drittel der Personalkosten. Es wäre doch ein Unding, wenn wir bei der alten Deckelung geblieben wären. Allerdings sage ich an die Adresse von CDU und FW, das hätten wir schon früher haben können.

Für die SPD-Kreistagsfraktion gibt es jedoch noch weitere wichtige Bereiche, die wir im Haushalt verankert haben möchten.

Doch bevor ich dazu im Einzelnen komme, lassen Sie mich noch einige Vorbemerkungen zum Selbstverständnis unserer kommunalen Arbeit machen.

Politik beginnt im Kleinen. Sie wird erfahrbar auf kommunaler Ebene. Allerdings können wir uns den großen Weltereignissen nicht entziehen. Wir alle sind davon konkret betroffen. Mir ist bewusst, dass wir als Bodenseekreis nur einen kleinen Beitrag zu den großen Jahrhundertfragen leisten können.

Dazu zähle ich die Erderhitzung, die Klima- und Ressourcenkriege, die Vermüllung und Ausbeutung unserer Erde, die künstliche Intelligenz, die Digitalisierung und die damit verbundenen Auswirkungen auf Arbeit und Freizeit. Gibt es ein Ende der alten Weltordnung? Und ist unsere liberale europäische Weltordnung durch die Rückkehr des Nationalismus gefährdet?

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren, so steht es in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948. Würden heute, 70 Jahre danach, wohl alle Staaten diesen großartigen Akt unterzeichnen? Allein dass ich mir diese Frage stelle, erschreckt mich zutiefst.

Klar, wir können vom Bodensee aus die Weltlage nur marginal beeinflussen, wenn überhaupt. Trotzdem sehen wir unser Tun auch im Kontext der genannten zentralen Fragen. Der alte Spruch trifft zu: **Global denken, lokal handeln.**

Dazu gehört für uns auch die Verteidigung unserer Demokratie. Im Kreistag gehen wir fair und demokratisch miteinander um. Wir „streiten“ im positiven Sinne. Und oft stehen am Ende Kompromisse. Aber Kompromisse zu beschließen ist keine Schwäche, sondern die Grundlage demokratischen Handelns, das Gegenteil von Populismus.

Zur Demokratie gehört für uns auch die Bürgerbeteiligung, die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, weshalb wir beispielsweise den Antrag der DLRG aus voller Überzeugung unterstützen, nachdem die Landesregierung und allen voran Innenminister Strobl versagt haben.

Bei der Bürgerbeteiligung sollten wir keine Angst vor deren Mitmachen haben. Auch wenn manche Vorschläge zum Kreishaushalt uns gar nicht betroffen haben, ist die Bürgerbeteiligung richtig und gehört zu unserem demokratischen Verständnis. Gerne können wir darüber reden, wie wir dies künftig besser gestalten und uns die Erfahrungen der Stadt Friedrichshafen zunutze machen. Anstatt Online-Ideensammlungen zum Haushalt abzufragen, soll es künftig thematisch genau definierte Online-Ideensammlungen geben in Kombination mit Präsenzveranstaltungen (z. B. Workshops).

Kommunale Politik bedeutet für meine Fraktion, die Lebensbedingungen und das Zusammenleben konkret Vor-Ort sozial, gerecht und zukunftsorientiert zu gestalten. So können wir nicht die Augen verschließen, wenn die Armutsquote auf einem neuen Höchststand ist – trotz anhaltenden Wirtschaftsbooms. Und von den Betroffenen jeder Dritte erwerbstätig ist. Davon ist auch der Bodenseekreis betroffen. Dabei geht es nicht nur um Migranten, Arbeitslose und Rentner. Drei Viertel der von Armut Betroffenen sind hier geboren. Und besonders erschreckend ist die Kinderarmut. Einem Befund des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zu Folge, sind davon vor allem die Alleinerziehenden betroffen. Das Risiko der Einkommensarmut steigt, je jünger die Kinder sind. 56 Prozent der Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern unter 15 Jahren leben in Armut. Überproportional betroffen sind auch kinderreiche Paarfamilien.

Wie sollen diese Familien z. B. die immer weiter steigenden Mieten bezahlen? Wie kann sich der ganz normale Arbeiter des Bauhofs oder die Erzieherin einer Kindertagesstätte eine normale Wohnung leisten? Die IHK Bodensee-Oberschwaben hat hier im Kreistag erst kürzlich ihre Studie vorgestellt und als wichtigsten Punkt beim Handlungsbedarf, die Schaffung von Wohnraum eingefordert. Und ich füge hinzu: Es geht der SPD-Fraktion vor allem um **bezahlbaren Wohnraum**. Fachkräfte sind nicht zu bekommen, wenn sie erfahren, welche Mietpreise bei uns herrschen.

Wie gesagt, der Kreistag kann nicht die Renten oder das Kindergeld erhöhen. Aber wir können einen kleinen Beitrag leisten, die Armut zu bekämpfen, indem wir uns für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Dazu stellen wir einen Antrag, wonach der Bodenseekreis Belegungsrechte erwirbt. Kollege Stauber wird später den Antrag im Detail begründen.

Selbstverständlich ist die **Sozialpolitik** für die SPD-Kreistagsfraktion einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Dabei geht es nicht nur um bezahlbaren Wohnraum, um barrierefreies Wohnen und Verhinderung von Armut. Wir brauchen im Bodenseekreis dringend mehr Pflegeplätze. Wir dürfen nicht nachlassen, bei der Integration von Flüchtlingen. Und wir wollen, dass der Bodenseekreis selbst ein Vorbild ist, wenn es darum geht, für Menschen mit Handicaps vermehrt einen Arbeitsplatz auf dem 1. Arbeitsmarkt zu schaffen.

Auch Menschen, die aufgrund ihrer psychosozialen Lage von Ausgrenzung bedroht sind, wollen wir niederschwellig erreichen, mit dem Ziel, mit den Betroffenen Perspektiven zur gesellschaftlichen Teilhabe zu entwickeln. Eine solche präventive Arbeit „zahlt“ sich für alle aus.

Global denken, lokal Handeln gilt für uns vor allem für den **Verkehrs- und Umweltbereich**. Ein neues Verständnis von Mobilität ist vonnöten. Dazu bedarf es eines Mobilitätsmanagements, das nicht einem Unternehmen zugeordnet werden darf, sondern als Querschnittsstelle bei der Kreisverwaltung angesiedelt ist, die bei allen Planungen und Investitionen von Straßen, Buslinien, Radwegen, Fahrrad-Abstellplätzen, Verkehrssteuerungen über Signalanlagen usw. beteiligt wird. Die wichtigsten Verkehrserzeuger, also insbesondere die mittleren und großen Betriebe, aber auch den Tourismus, die Schulen, Hochschulen, den Einzelhandel und die Wohnungswirtschaft sind in die Prozesse der Verkehrsplanung einzubeziehen.

Zu einem neuen Verständnis von Mobilität gehört auch eine neue attraktivere Preisgestaltung beim öffentlichen Verkehr. Gute Ansätze gibt es bereits durch ein 1-Euro-Ticket oder ein 365-Euro-Jahresticket. Deshalb stellen wir hier einen Prüfauftrag, der zunächst keine Kosten verursachen wird.

Ich bin gespannt, ob diejenigen, die sich sonst immer für eine verbesserte Umwelt, für Verkehrsverlagerung und Verkehrsvermeidung und eine bessere Mobilität aussprechen, unseren Anträgen zustimmen werden. Daran messen wir, ob Reden und Handeln übereinstimmen oder nur in Sonntagsreden vorkommen.

Meist einvernehmlich haben wir im Kreistag bereits zur Bodenseegürtelbahn oder den Ausbau der Radwege oder dem Flughafen wichtige Beschlüsse gefasst und diese im Haushalt abgesichert. Letztlich ist auch kein Streitpunkt, endlich

zügig die Planungen und den Bau der B 30 und B 31 voranzubringen. Einen Hoffnungsschimmer gibt es.

Was den Halbstundentakt der Fährverbindung zwischen Friedrichshafen und Romanshorn angeht, müssen wir noch intensiv an diesem Ziel arbeiten, obwohl der Bund bzw. das Land zuständig sind. Ob dazu zwei weitere Fähren benötigt werden oder zwei weitere Katamarane sinnvoller und effektiver sind, werden die weiteren Gespräche und Verhandlungen zeigen. Auf jeden Fall sollten wir die Bedenken der BSB hinsichtlich der ökologischen und ökonomischen Sinnhaftigkeit weiterer Fähren in den Prozess einbeziehen. Deshalb geben wir die Anregung, statt Fähren Katamarane einzusetzen.

Der Schutz unserer Umwelt ist ein hohes Gut. Obwohl die Kreisverwaltung schon viele gute Ideen und Aktionen in Sachen Müllvermeidung initiiert hat, gilt es hier noch mehr zu tun. Plastik zu vermeiden ist unser aller Aufgabe, ebenso Mikroplastik im Bodensee, unserem Trinkwasserspeicher. Kreisverwaltung, Politik und Öffentlichkeit dürfen nicht nachlassen alles in unserer Macht Stehende zu tun, um unsere Umwelt, unseren Bodensee, unseren Trinkwasserspeicher zu schonen. In diesem Punkt können wir nie gut genug sein.

Staatliches Handeln muss die **Daseinsvorsorge** sichern. Dazu gehört unbestritten die Breitbandversorgung im Bodenseekreis. Die IHK hat diesen Punkt, bei besagter Umfrage, zum zweit wichtigsten Thema beim Handlungsbedarf genannt. Wir stehen zur Gründung eines Zweckverbandes im Bodenseekreis, sehen aber noch Klärungs- und Abstimmungsbedarf. OB Zeitlers Brief in Sachen Zweckverband, sollten Sie Herr Landrat sehr ernst nehmen. Und nicht nur Sie, sondern auch alle Kommunen im Kreis.

Zur Daseinsfürsorge zählen wir auch den Umgang mit unserem kulturellen Erbe. Wir haben zahlreiche frühgeschichtliche, römische, keltische und alemannische Bodenfunde, die es zu sichern gilt. Aber nicht nur kulturelle Aspekte sind von hoher Bedeutung, auch gibt es nachweisbar wirtschaftliche Vorteile, wenn eine vorausschauende Untersuchung von möglichen Baugebieten und Flächen rechtzeitig erfolgt. Deshalb fordern wir eine Stelle für einen Kreisarchäologen, die zur Hälfte von der Landesdenkmalpflege finanziert wird. Herr Büchelmeier wird dazu noch das Notwendige sagen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kreistagsarbeit ist die **Bildung**. Hier unternehmen wir große Anstrengungen, sei es beim BZM, den beruflichen Schulen oder den sonderpädagogischen Beratungs- und Bildungszentren (SBBZ). Oder bei der kreiseigenen Volkshochschule. Auch ist es durch unsere Hartnäckigkeit gelungen das Angebot im Kindertagesstätten Bereich zu verbessern. Die Stelle der Kindergartenfachberatung zahlt sich aus.

Einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit würden wir darin sehen, wenn sich das BZM zu einer tatsächlichen Zwei-Säulen-Struktur entwickeln würde. Aber dazu brauchen wir wohl noch einen langen Atem.

Was im vorliegenden Haushalt noch nicht enthalten sein kann, weil die Planungen erst in den Kinderschuhen stecken, wenn überhaupt, ist der Neubau des Landratsamtes. Der Bau in der Glärnischstrasse ist energetisch eine Katastrophe. Und die Raumeige sowohl in der Glärnischstrasse wie auch in der Albrechtstrasse kann unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht unbegrenzt zugemutet werden. Eine moderne Verwaltung braucht andere Rahmenbedingungen. Deshalb appellieren wir von dieser Stelle aus an alle Verantwortlichen, endlich in Sachen Landratsamt Neubau die Planungen zu forcieren und aus dem Bremserhäuschen heraus zu kommen. Spätestens im Haushalt 2020 sollten wir dazu eine Planungsrate vorsehen.

Nun müssen unsere Anträge finanziert werden, wobei der Prüfauftrag für das 1-Euro-Ticket und die Schaffung weiterer Arbeitsangebote für Menschen mit Handicaps haushaltsneutral erfolgen können.

Ihnen liegt nun unser **Finanzierungskonzept** vor. Die notwendigen 1,32 Mio. Euro decken wir im Wesentlichen durch die in diesem Jahr nicht benötigten Mittel eines bereits beschlossenen Darlehens für die RITZ GmbH ab. Allerdings sind wir nicht der Meinung, die Kreisumlage zu senken, da wir spätestens im Jahr 2020 Mittel für das Darlehen für die RITZ GmbH benötigen.

Lassen Sie mich abschließend Ihnen Herr Landrat für das gute und faire Miteinander Dank sagen. In diesen Dank möchte ich auch die Kreisverwaltung einschließen, und namentlich Herrn Dezernent Hermanns und Herrn Männle mit ihrem Team hervorheben.

Ich möchte aber auch dem 1. Landesbeamten, Herrn Kruschwitz für die jahrelange Zusammenarbeit Dank sagen und ihm alles Gute im Unruhestand wünschen.

Danken möchte ich auch den Vorsitzenden der anderen Fraktionen und den Mitgliedern des Kreistags für die offene, kollegiale Zusammenarbeit, trotz – oder gerade – z. T. unterschiedlicher Positionen. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich ja heute besonders auszeichnen, indem Sie unseren Anträgen zustimmen.

Friedrichshafen, 19.12.2019

Norbert Zeller